

Sicherheit, Frieden, Solidarität



Bezirkskonferenz der Jusos Oberfranken, 10. Februar 2018 in Bayreuth

**Beschlusslage**

## **Inhaltsverzeichnis**

1	<b>A1 Sozialdemokratie und Sicherheitspolitik? Na klar geht das!</b>	<b>3</b>
2	<b>A2 Befristete Aushilfsverträge und Sachgrundbefristungen wegen Saisonarbeit müssen dringend</b>	
3	<b>limitiert werden</b>	<b>10</b>
4	<b><i>A3 Politikverdrossenheit vermeiden - Demokratie in ein besseres Licht rücken</i></b>	<b>11</b>
5	<b>A4 Einführung einer Robotersteuer/Wertschöpfungsabgabe</b>	<b>16</b>
6	<b>A5 Mehr Unterstützung für MINT</b>	<b>17</b>
7	<b>A6 #noGroKo</b>	<b>19</b>

## 1 **A1 Sozialdemokratie und Sicherheitspolitik? Na klar geht das!**

2 AntragstellerIn: Jusos Oberfranken

3 Weiterleitung: Landeskonferenz Jusos Bayern, Bezirksparteitag SPD Oberfranken,  
4 Landesparteitag BayernSPD, Bundeskongress Jusos, Bundesparteitag SPD.

5

### 6 **Sicherheitspolitik heißt für uns soziale Gerechtigkeit**

7 Die Wahrscheinlichkeit, im Alter keine Rente zu haben, oder Opfer einer Hartz-IV-Sanktion zu  
8 werden, ist nach wie vor um ein Vielfaches höher als Opfer eines Gewaltverbrechens oder  
9 Terroranschlags zu werden. Junge Menschen kommen wegen geringen  
10 Auszubildendenvergütungen, steigender Jugendarbeitslosigkeit und einem viel zu geringen  
11 Bafög bei immer höher werdenden Mieten schnell an den Rand der Armut.

12 Es ist die Aufgabe der SPD, dafür zu sorgen, dass die sicherheitspolitische Debatte nicht  
13 länger unter dem Vorzeichen einer irrationalen Angst vor Terror und dem Islam geführt wird,  
14 sondern die Bekämpfung echter Bedrohungen wieder in den Mittelpunkt gerückt wird. Der  
15 Bundestagswahlkampf 2017 hat gezeigt, dass die Ablenkungsmanöver der Konservativen und  
16 Rechtsextremen hervorragend funktioniert haben: In den Medien und Parlamenten dominiert  
17 die Angst vor einer tatsächlich marginalen Bedrohung: Terror, Islam und Einwanderung. Und  
18 bei der ständigen Diskussion über Einwanderung und Geflüchteter gerät die Tatsache, dass  
19 unsere Rente durch Privatisierung immer weiter verkümmert, dass der Wohnungsmarkt durch  
20 Spekulant\*Innen für immer mehr Menschen unzugänglich wird und immer mehr Kinder in  
21 Armut aufwachsen müssen in den Hintergrund.

22 Einer Partei, die sich dem demokratischen Sozialismus verpflichtet, darf das nicht länger egal  
23 sein. Wenn sich die SPD erneuern will und Glaubwürdigkeit zurückerlangen möchte, dann  
24 muss sie den Mut fassen, die aktuelle politische Debatte in eine andere Richtung zu lenken  
25 anstatt sich neoliberaler und konservativer Denkweisen zu unterwerfen. Daher fordern wir:  
26 Sicherheitspolitik darf nicht länger auf unbegründete und irrationale Ängste einer Minderheit  
27 der Bevölkerung reduziert werden. Wer für Sicherheit sorgen will, muss jedem Menschen eine  
28 Garantie geben, niemals arm werden zu können!

29

### 30 **Stigmatisierung von Arbeitssuchenden beenden**

31 Einer der größten Erfolge neoliberaler Politik ist die Stigmatisierung von Arbeitssuchenden.  
32 Der Grundlegende Wille von Menschen, sich in unsere Gesellschaft einzubringen, wurde in  
33 Frage gestellt - jede Arbeitslosigkeit wurde als selbstverschuldet dargestellt. Diese  
34 Stigmatisierung dürfen wir nicht akzeptieren! Die Willkür in den Jobcentern / Agenturen für  
35 Arbeit muss beendet werden. Sanktionen beim Arbeitslosengeld müssen ersatzlos  
36 abgeschafft werden. Arbeitslose mit Kindern müssen für ihre Kinder eine deutlich höhere  
37 Unterstützung erhalten. Ebenso fordern wir ein Mindesteinkommen für Arbeitssuchende, das  
38 ein Armutsrisiko ausschließt. Nur wer Teil des gesellschaftlichen Lebens bleiben kann, trägt  
39 auch die Motivation und die Kraft in sich, eine neue Stelle zu finden.

40 Gerade hier müssen die Agenturen für Arbeit in Unterstützung- und Weiterbildungszentren  
41 umgewandelt werden. Der kapitalistische Gedanke der Arbeitsvermittler\*Innen, die

1 Arbeitssuchende als ihre Kunden behandeln, muss ein Ende finden. Wir brauchen gezielte  
2 und menschenwürdige Förderung statt Angstmache und Bestrafung.

3 Es ist nicht zuletzt eine Frage der Freiheit, angst-los seinen momentanen Job aufgeben zu  
4 können - ohne Zwang zu fachfremder oder schlecht bezahlter Arbeit. Das gilt vor allem auch  
5 für unter 25-jährige und ältere Menschen, die besonders strenge Repressionen beim  
6 Arbeitslosengeld zu fürchten haben.

7

### 8 **Spekulant\*Innen vom Wohnungsmarkt vertreiben**

9 Wohnen ist Grundrecht. Obwohl von der neoliberalen Erzählung zum bloßen Eigentum und  
10 Spekulationsobjekt degradiert, ist die Wohnung ein Grundbedürfnis für das Dasein eines  
11 jeden Menschen. Dieses Narrativ wollen wir gegen den Widerstand der konservativen  
12 politischen Kräfte durchsetzen, da jeder Mensch, unabhängig von sozialer und geografischer  
13 Herkunft, unabhängig von Beruf und gesellschaftlicher Anerkennung das Recht auf eine  
14 Wohnung hat.

15 Egal ob in Großstädten oder auf dem Land – die Wohnungssuche ist vor allem für  
16 Geringverdiener\*Innen und Familien mit mehr als drei Personen nahezu unmöglich. Damit  
17 wird Wohnen immer mehr zu einem Privileg der Reichen und derer, die Grundbesitz in der  
18 Familie haben. Längst haben rechtsextreme und rassistische Kräfte diesen Missstand erkannt  
19 und instrumentalisieren dieses Problem für ihre Zwecke: Arbeitssuchende, Geflüchtete,  
20 Alleinerziehende, junge und alte Leute werden gegeneinander ausgespielt. Ein sicheres Land  
21 heißt für uns, dass niemand Angst vor der Wohnungssuche haben darf und  
22 Fremdenfeindlichkeit keine Chance in unserer Gesellschaft hat.

23 Wir fordern daher staatliches Eingreifen, um das Ansteigen der Mieten zu verhindern und um  
24 bezahlbaren Wohnraum zu schaffen.

25

26 • Mietpreisbremse verschärfen: Die Mietpreisbremse ist in ihrer momentanen Form  
27 beinahe wirkungslos. Wir fordern, dass die Miete bei Neuvermietungen auch nach  
28 Sanierungen in keinem Fall um mehr als 10% steigen darf. Zudem müssen  
29 Mieter\*Innen ein Auskunftsrecht über die Höhe der Miete der\*des Vormieter\*s\*In  
30 erhalten. Die Mietpreisbremse ist auf das gesamte Bundesgebiet auszuweiten.

31

32 • Mehr sozialer Wohnungsbau: Die Kommunen müssen unverzüglich mehr Geld für den  
33 sozialen Wohnungsbau erhalten. Dass Fördergelder zur Finanzierung einer schwarzen  
34 Null im Landshaushalt missbraucht werden, wie es zuletzt in Bayern geschah, muss  
35 verhindert werden. Wir brauchen ein bundesweites Investitionsprogramm, das  
36 mindestens zwei Milliarden Euro beträgt und vor allem dort eingesetzt wird, wo die  
37 Mieten am höchsten sind und immer weiter ansteigen. Zudem muss die Privatisierung  
38 kommunalen Grund- und Wohnungseigentums gestoppt werden. Kommunen mit  
39 angespanntem Wohnungsmarkt muss es untersagt werden, Grundstücke und  
40 Wohnungen zu verkaufen. Stattdessen müssen Neubau- und Sanierungsprojekte für  
41 Wohnungen, die deutlich unter dem Mietspiegel vermietet werden, gefördert werden.

1 Sozialer Wohnungsbau ist für Kommunen ein Gewinn, insbesondere  
2 Mehrgenerationenprojekte und bei vielfältigen Bewohner\*Innen. Wir fordern die  
3 Kommunen auf, Bedenken in der Bevölkerung durch eine offene Informationspolitik  
4 entgegenzuwirken. Um die Kommunen wirksam unterstützen zu können, muss das  
5 Kooperationsverbot abgeschafft werden. Sollte das bei der jetzigen politischen  
6 Kräfterlage nicht möglich sein, ist zumindest auf die Etablierung eines Rechenschafts-  
7 und Sanktionsmodells hinzuwirken: Die Bundesländer sollen zukünftig dem  
8 zuständigen Bundesministerium Rechenschaft ablegen müssen, wohin und nach  
9 welchen Kriterien sie die Gelder des Bundes weiter verteilen. Stellt das zuständige  
10 Bundesministerium Unregelmäßigkeiten oder die Nicht-Weitergabe der Gelder an die  
11 Kommunen fest, so muss es Sanktionsmöglichkeiten haben, die bis zur Rückforderung  
12 der Subventionen vom Bundesland reichen.

- 13
- 14 • Umfassenderes Wohngeld: Das Wohngeld ist eine Möglichkeit, kurzfristig  
15 geringverdienende zu entlasten. Wir fordern, dass das Wohngeld auch für  
16 Studierende und Auszubildende ohne zusätzliche Einschränkungen zugänglich  
17 gemacht wird. Die Einkommensgrenzen sind großzügiger zu fassen und das  
18 Wohngeld zu erhöhen. Parallel dazu fordern wir eine Erhöhung des Bafögs und ein  
19 elternunabhängiges Bafög, damit Wohnen während der Ausbildung und des Studiums  
20 kein Privileg für Studierende reicher Eltern bleibt!
  - 21
  - 22 • Soziale Sicherheit hängt eng mit Zugänglichkeit zum Wohnungsmarkt zusammen.  
23 Jahrelanges Warten auf angemessenen Wohnraum oder Ratlosigkeit bei Verlust der  
24 Wohnung lassen Raum für die, die Menschen gegeneinander ausspielen und  
25 aufhetzen möchten. Wir brauchen eine radikale Wende in der bundes- und  
26 landesweiten Wohnungspolitik – die hier beschriebenen Schritte stellen nur einen  
27 ersten Schritt in diese Richtung dar.

### 28

### 29 **Privatisierung von Sozialversicherungssystemen und Infrastruktur stoppen**

30 Die Wahrscheinlichkeit, im Alter arm zu werden, steigt weiter an. Die Möglichkeit, dass immer  
31 mehr Teile der öffentlichen Daseinsvorsorge privatisiert und damit für einige Menschen  
32 unbezahlbar wird, entsteht. Das neoliberale Ideal der Privatisierung zum Wohle aller hat sich  
33 als Lüge im Interesse der Profiteure herausgestellt.

34 Am eklatantesten ist wohl die Privatisierung der Altersvorsorge. Die staatliche  
35 Subventionierung profitorientierter Versicherungskonzerne, wie beispielsweise in Form der  
36 Riester-Rente, muss ein Ende haben. Wir fordern daher die Rückkehr zu einer solidarischen,  
37 staatlich organisierten Altersvorsorge, in die langfristig auch Selbstständige und Beamt\*Innen  
38 einzahlen. Zusätzlich muss eine Mindestrente in Höhe von mindestens 1.050,- € netto plus  
39 jährlichen Inflationsausgleich gewährleistet werden, damit Altersarmut ein für alle Mal  
40 beseitigt wird. Jeder Mensch verdient die Sicherheit, im Alter in Würde leben zu können!

1 Eine weitere nicht hinnehmbare Einmischung privater Gewinninteressen findet bei der  
2 Krankenversicherung statt. Wir unterstreichen daher unsere Forderung nach einer  
3 Bürger\*Innenversicherung, wie sie bereits im Wahlprogramm der SPD 2017 zu finden war.

4 Auch die klassischen kommunalen Versorgungsdienstleistungen, Energie- und  
5 Wasserversorgung müssen wieder verstärkt in öffentliche oder genossenschaftliche Hand  
6 gelangen. Die Grundversorgung aller Menschen darf nicht von einem wankenden Markt  
7 abhängig gemacht werden, sondern muss lokal und im Interesse aller Konsument\*Innen  
8 gewährleistet werden.

9 Wir stellen uns außerdem gegen die in der letzten großen Koalition angestrebten  
10 Privatisierungen in der Infrastruktur. Wir brauchen ein umfangreiches Investitionsprogramm in  
11 Infrastruktur, in der vor allem der Breitband- und Schienenverkehr gefördert wird und weniger  
12 der Individualverkehr. Auch müssen Straßen und Autobahnen in staatlicher Hand bleiben,  
13 damit Privatkonzerne Straßen nicht zu Rendite machen können. Wir brauchen die Sicherheit,  
14 dass auch die Generationen nach uns Straßen bauen, sanieren und befahren können, ohne  
15 horrenden Kosten auf sich nehmen zu müssen.

16

### 17 **Gemeinsam lernen - Chancen für Jugendliche schaffen**

18 Panik herrscht in den Medien, wenn über Radikalisierung von Jugendlichen berichtet wird.  
19 Egal ob islamistische oder nationalsozialistische Ideologien: In einem Schulsystem, in dem  
20 politische und gesellschaftliche Bildung eine so geringe Rolle wie in Deutschland spielen darf  
21 es nicht verwunden, wenn es auch einen kleinen Teil von Jugendlichen gibt, die sich  
22 radikalieren.

23 Jugendliche, die keine Unterstützung vom Elternhaus bekommen oder aus anderen Gründen  
24 auf sich alleine gestellt sind, können jedoch von der Schule Hilfe bekommen. Wir brauchen  
25 daher einen flächendeckenden Ausbau von Schulsozialarbeit. Einschlägige Studiengänge  
26 sollen von Zulassungsbeschränkungen befreit, Studien- und Ausbildungsplätze ausgebaut  
27 werden. Auch müssen unabhängige Beratungsstellen für Eltern und Familien eingerichtet  
28 werden, die Hilfe anbieten, wenn sich Familienmitglieder radikalieren. Religiöse  
29 Gemeinschaften dürfen hier nicht die einzigen Ansprechpartner\*Innen sein.

30 Viel grundlegender ist jedoch die soziale Selektivität des dreigliedrigen Schulsystems. Dieses  
31 muss überwunden werden, damit Menschen unabhängig von ihrer sozialen oder  
32 geographischen Herkunft freien Zugang zu Bildung und Aufstiegsmöglichkeiten erhalten. Nur  
33 in einer Gemeinschaftsschule und individueller Förderung von Schüler\*Innen kann auch auf  
34 Jugendliche mit Problemen eingegangen werden, bevor sich diese in Aggression  
35 umwandeln.

36

### 37 **Unser Kommentar zur konservativen „Sicherheitspolitik“**

38 2017 endete mit dem für viele scheinbar überraschenden Ereignis, dass menschenfeindliche  
39 Einstellungen in Deutschland noch immer Mehrheiten finden können und sogar Parteien  
40 davon so sehr profitieren können, sodass die AfD nun die drittstärkste Fraktion im Bundestag

1 stellt. Uns überraschte dies nicht, im Gegenteil, die „Mitte in der Krise“, sowie „Deutsche  
2 Zustände“- Studien der letzten Jahre belegten ein autoritäres und menschenverachtendes  
3 Potential in der deutschen Mehrheitsgesellschaft schon deutlich länger, als es die AfD gibt.  
4 Allein vor dem Hintergrund dieser Studien muss sich niemand mehr Illusionen  
5 darübermachen, dass die Personen, die die AfD wählen nur „missverstanden“ und  
6 „abgehängt“ sind oder das lediglich aus dem Grund maximaler Provokation tun.  
7 Selbstverständlich ist für uns als Sozialist\*Innen die Tatsache, dass diese  
8 menschenverachtende Einstellung und autoritäre Tendenz schon lange vorhanden ist, kein  
9 ausschließlich ausreichender Erklärungsansatz. Die soziale und ökonomische Realität der  
10 Menschen sollte, wenn es darum geht, wie Ideologien und entstehen, selbstverständlich nicht  
11 ignoriert werden – aber, dass Menschen ausschließlich aufgrund ihrer ökonomisch  
12 schwierigen Lage dazu determiniert sind, rechte Parteien zu wählen oder rechten Ideologien  
13 anzuhängen, ist schlichtweg falsch. Der Grund für eine erfolgreiche AfD ist Deutschland und  
14 seine Bevölkerung, sind deutsche Zustände. Genau diese Zustände aber führen nicht nur zu  
15 einer erfolgreichen AfD. Die AfD benötigte es nicht, um das Asylrecht zu verschärfen und  
16 repressive Funktionen des Staates auszuüben. Die AfD benötigte es nicht, in  
17 menschenverachtenden Asylpaketen die Grundrechte von Geflüchteten massiv zu  
18 beschneiden, das haben Sozialdemokrat\*Innen und vermeintlich konservative Politiker\*Innen  
19 auch alleine geschafft.  
20 Eben diese Zustände also sind auch das Ziel unserer Forderungen und unseres Kampfes, den  
21 wir auf verschiedene Art und Weise führen.

22

### 23 **Wir lehnen den gängigen Extremismus-Begriff ab**

24 Wir sind als antifaschistischer Richtungsverband der Überzeugung, dass es eine entschlossene  
25 und kämpferische Praxis braucht, die nur auf einer klaren Analyse der bestehenden  
26 Verhältnisse resultiert.

27 Die pragmatische und unideologische demokratischen Mitte betrachten wir als einen  
28 bürgerlichen Mythos. Die Konsequenz daraus, dass die Probleme mit auftauchenden  
29 „Extremen“ außerhalb dieser Mitte beginnen, ist viel mehr als lediglich ein Irrtum, der aus  
30 einer fehlerhaften Analyse heraus entsteht.

31 Es ist auch klares Kalkül, denn diese Analyse gibt all jenen, die sich auf eben diese  
32 vermeintliche Mitte berufen, einen Freifahrtschein zu rassistischer Hetze. Wir wissen, dass  
33 Rassismus, Antisemitismus, Sexismus und Nationalismus sowie Homophobie keine Probleme  
34 vermeintlicher „Extreme“ sind, sondern quer durch die politische Landschaft, wie einige  
35 Äußerungen gewisser Teile der Linkspartei und das sozialdemokratische Regierungshandeln  
36 selbst beweisen, auch ein Problem der politischen Linken ist.

37 Und wenn wir über eben jene rassistische, menschenverachtende Hetze reden, brauchen wir  
38 keine Gegenfrage, was eigentlich mit anderen „Extremen“ sei. Es gibt Themen, die  
39 menschenverachtend sind, es gibt Aussagen, die zutiefst rassistisch, antisemitisch, sexistisch  
40 sind, aber die machen vor keiner politischen „Richtung“ oder keiner politischen „Extreme“  
41 halt. Sie sind in der vermeintlichen Mitte der Gesellschaft und müssen dort bekämpft werden.

## 1 **Sicherheit muss es auch für Asylbewerber\*Innen geben**

2 Die aktuellen Zustände für Asylsuchende sind nicht ertragbar. Sie sind nicht nur durch den  
3 Erfolg der AfD nicht ertragbar, sie sind auch deswegen nicht ertragbar, weil  
4 menschenverachtende Ideologien nicht nur sagbar, sondern -in den vergangenen Jahren  
5 auch machbar wurden. Wir erlebten durch verschiedene, von der Bundesregierung und somit  
6 auch von der SPD durchgedrückte Asylpakete regelmäßige Eingriffe in die Freiheiten von  
7 Geflüchteten. Auch deswegen konnten sich diejenigen, die durch Brandanschläge auf  
8 Unterkünfte für Geflüchtete versuchten, Menschen zu ermorden gewiss darin sein, einen  
9 politischen Auftrag zu erfüllen. Der Angriff muss also all jenen Strukturen gelten, die dies  
10 ermöglichen. Das heißt für uns zunächst praktische Solidarität. Wir sind solidarisch mit all  
11 jenen, die von verschiedenen rassistischen Gesetzesverschärfungen der letzten Jahre  
12 betroffen waren. Solidarität heißt, politische Arbeit auf der Straße und in Bündnissen, von der  
13 Demo bis zur durch aktiven Widerstand erfolgreich verhinderten Abschiebung.

14

15 Es heißt aber gemäß der Doppelstrategie unseres sozialistischen Richtungsverbands  
16 politische Arbeit in den Parteien. Wir müssen endlich wieder zurück zu einem Asylrecht vor  
17 dem Asylkompromiss mit einem menschenwürdigen Anrecht auf Asyl!

18 Hierfür können die folgenden Maßnahmen eine Basis sein, die es weiterzuentwickeln gilt:

- 19 • Das System der sogenannten „Zentralen Aufnahmeeinrichtungen“ in Bayern, wie wir  
20 sie beispielsweise in Bamberg vorfinden, den Gar ausmachen. Die rassistische Politik  
21 der CSU-Landesregierung muss beendet werden!
- 22 • Ablehnung des Dublin 4-Abkommens sowie aller bisheriger Dublin-Abkommen und  
23 stattdessen eine gesamteuropäische Lösung, die die Last von den südeuropäischen  
24 Staaten nimmt und die Geflüchtete nicht kriminalisiert und stigmatisiert. Kein Mensch  
25 ist illegal!
- 26 • Abschaffung der sicheren Herkunftsstaatenregelung. Menschen ohne Anhörung  
27 kategorisch auf Grund ihrer Herkunft deutlich schlechtere Chancen im Asylverfahren  
28 einzuräumen ist darf für eine sozialdemokratische Partei nicht tragbar sein!
- 29 • Abschaffung des momentanen separaten Asylbewerberleistungsgesetzes.  
30 Sonderregelungen bei Sozialleistungen für Geflüchtete sollte ihre besondere Situation  
31 aufgreifen. Es sollte nicht eine gezielte Benachteiligung schaffen, wie es momentan  
32 der Fall ist.
- 33 • Keine Obergrenze bei der Aufnahme von Asylsuchenden, denn es gibt kein Maximum  
34 an Grundrechten.

35

## 36 **Neuaufstellung der Sicherheitsbehörden**

37 Die letzten Jahre zeigen aber nicht nur eine rassistische Eskalation der Asyl- und  
38 Flüchtlingspolitik. Im Zeitraum der jüngsten großen Koalition kam es auch zu verschiedenen  
39 Vorfällen autoritärer Übergriffe durch Staatsorgane und zu einem massiven Ausbau  
40 repressiver Möglichkeiten. Die zu oft vorkommenden Übergriffe durch Polizist\*Innen im  
41 Zusammenhang mit beispielsweise Demonstrationen, bei denen eine wirkliche Aufarbeitung



1 meist aufgrund internen Strukturen verhindert wird, belegen dies. Auch ist die Polizei nicht  
2 gefeit davor, von menschenverachtenden Ideologien geprägt zu sein. Racial Profiling,  
3 Begriffe wie „Soko Bospurus“ oder auch der Fall Oury Jalloh belegen das. Aus diesem Grund  
4 braucht es endlich eine wirkliche Kontrolle der Polizei durch verschiedene Akteur\*Innen,  
5 sowohl innerhalb staatlicher Institutionen, als auch durch die Zivilgesellschaft. Unser Ziel ist  
6 es, dass friedliche Demonstrant\*Innen, antifaschistische Initiativen und Journalist\*Innen die  
7 Sicherheit haben, von den Sicherheitsbehörden effektiv geschützt zu werden – und nicht  
8 Angriffe befürchten müssen.

9 Im Zusammenhang mit dem NSU, aber auch durch viele andere Beispiele sehen wir nicht nur  
10 das Versagen von Polizei, sondern auch das Versagen des Verfassungsschutzes. Das Scheitern  
11 des Verfassungsschutzes liegt in seinen historischen und ideologischen Wurzeln. Die  
12 Extremismus-Theorie versagt als theoretisches Analyseinstrument, aber auch die  
13 geheimdienstliche Praxis ist nicht ausreichend für eine verlässliche und sichere Behörde. Eine  
14 Institution, die auf Grundlage eines politischen Kalküls ein solches Instrument nutzt ist nicht  
15 nur ineffizient, sie ist sogar gefährlich, wie das Versagen im Falle des NSU, das seine Gründe  
16 auch hierin hat, beweist. Die Gefahr, die durch Inlandsgeheimdienste in ihrer realen Arbeit  
17 ausging und ausgeht zeigt auch der Versuch einer politischen Aufarbeitung des gesamten  
18 NSU-Komplexes. Akten, die der demokratisch legitimierten Kontrollinstanz hätten zukommen  
19 sollen, wurden vernichtet oder erst nach langen Verzögerungen zur Verfügung gestellt. Selbst  
20 von den höchsten Stellen wurden entweder Aussagen verweigert oder die Ausschüsse  
21 wurden mit teilweise absurden Geschichten belogen. Alles in allem lässt sich festhalten, dass  
22 der Auftrag eine Verfassung zu schützen, durch die meisten Initiativen aus der Zivilgesellschaft  
23 oder wissenschaftliche Institutionen besser in den letzten Jahren stattgefunden hat, als es  
24 durch den Verfassungsschutz getan wurde.

25

26 Aus der hier beschriebenen Analyse leiten wir folgende politische Maßnahmen ab:

- 27 • Kennzeichnungspflicht für Polizist\*Innen, die es ermöglicht, bei Straftaten im Amt die  
28 richtigen Täter\*Innen zu ermitteln oder Zeugen ausfindig zu machen
- 29 • Eine Parlamentarische Kontrollkommission für die bayerische Polizei, ähnlich wie es  
30 beim Inlandsgeheimdienst der Fall ist.
- 31 • Interne Ermittlungen bei der Polizei müssen endlich durch unabhängige Stellen und  
32 nicht durch Kolleg\*Innen durchgeführt werden. Der hohe soziale Druck innerhalb von  
33 Polizeieinheiten verhindert oft eine Aufklärung von im Dienst begangenen Straftaten.
- 34 • Abschaffung des USKs, es handelt sich um eine ausschließlich in Bayern vorkommende  
35 Polizeieinheit mit rechtstaatlichen Mindestansprüchen nicht ausreichenden  
36 Sonderrechten.
- 37 • Abschaffung der Vorratsdatenspeicherung! Die anlasslose Speicherung Millionen von  
38 Daten verschiedener Menschen ist nicht einmal mit liberalen Mindest-Standards einer  
39 bürgerlichen Demokratie zu vereinen, zudem können die Befürworter\*Innen bis heute  
40 keinen vollständigen Beleg für ein höheres Maß an Sicherheit durch die VDS  
41 vorbringen

1 Zusammengefasst fordern wir die Sicherheit, dass wir und auch die Generation nach uns ein  
2 würdevolles Leben führen können. Wir möchten nicht weniger als eine sichere Kranken- und  
3 Rentenversicherung, die Sicherheit, auch in der Arbeitslosigkeit von der Gesellschaft  
4 unterstützt und gefördert zu werden. Wir verlangen die Sicherheit, auch in Zukunft noch eine  
5 schöne Wohnung finden zu können, ohne Unsummen an Geld auf den Tisch legen zu müssen.  
6 Wir bestehen auf die Sicherheit, auch ohne Geld lernen und sich fortbilden zu dürfen. Wir  
7 möchten die Sicherheit vor privaten Konzern- und Profitinteressen, wir möchten in Sicherheit  
8 vor einem grenzenlosen und menschenverachtenden Kapitalismus leben. Wir möchten, dass  
9 Sicherheit nicht Deutsch, sondern solidarisch ist. Wir verlangen Solidarität mit Geflüchtete,  
10 mit Menschen aller Religionen, jeder Herkunft – mit allen Menschen ungeachtet ihres Status,  
11 ihrer Herkunft oder ihrer Identität. Mit diesem Antrag schlagen wir vor, dass die SPD endlich  
12 auch für eine gute Sicherheitspolitik bekannt wird – für eine alternative, menschliche  
13 Sicherheitspolitik, die sich gegen eine autoritäre und nationalistische Politik stellt. Nur das  
14 kann unsere SPD sein.

## 15 **A2 Befristete Aushilfsverträge und Sachgrundbefristungen wegen Saisonarbeit** 16 **müssen dringend limitiert werden**

17 AntragstellerIn: Jusos Oberfranken

18 Weiterleitung: Landeskonzferenz Jusos Bayern, Bezirksparteitag SPD Oberfranken,  
19 Landesparteitag BayernSPD, Bundeskongress Jusos, Bundesparteitag SPD.

20

21 In vielen Berufsbranchen wie der Gastronomie, Süßwarenbetrieben, Textilindustrie, etc.  
22 gehören befristete Aushilfs- und Saisonarbeitsverträge zum Alltag. Vor allem in Unternehmen,  
23 die offiziell nicht als Saisonbetriebe anerkannt sind und die teilweise auch einem Tarifvertrag  
24 obliegen, stehen Saisonverträge auf der Tagesordnung.

25 Durch diese Saisonverträge werden tarifliche Sonderleistungen wie Weihnachts- und  
26 Urlaubsgeld regelrecht eingespart. Auch haben Saisonarbeiterinnen und -Arbeitnehmer  
27 weniger Urlaubstage als Festangestellte und dürfen diesen nur dann für sich in Anspruch  
28 nehmen, wenn die Festangestellten ihren Urlaub verplant haben. Sie arbeiten auch oft zum  
29 Mindestlohn - Der Tariflohn wird dadurch eingespart. Zudem kommt eine  
30 Betriebszugehörigkeit nicht zu Stande, obwohl die Arbeiterinnen und Arbeitnehmer  
31 schon teils seit über 25 Jahren in der gleichen Saisonarbeit im gleichen Betrieb tätig sind. Es  
32 handelt sich hierbei oft um befristete Kettenverträge aus Sachgründen.

33 Dies kann schlicht und einfach nicht sein. Das ist ungerecht und respektlos seinen  
34 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern gegenüber. Man kann nicht immer wiederkehrend die  
35 gleichen Leute für die immer gleiche Saisonarbeit im gleichen Unternehmen mit solchen  
36 Verträgen vom Arbeitsmarkt holen und sie dann beschäftigen. Das ist unmenschlich und  
37 grenzt schier an Ausbeutung. Wir können daher nicht so tun als wüsste man nichts davon.

1 Wir fordern daher eine Limitierung von Aushilfsverträgen und Sachgrundbefristungen wegen  
2 Saisonarbeit.  
3  
4 Keine willkürlichen Vermittlungen von Jobs bei den Agenturen für Arbeit  
5 Hinzu kommt dann auch, dass nach dem Saisonende die Arbeitnehmerinnen und  
6 Arbeitnehmer vom Arbeitsamt abhängig sind. Beim Arbeitsamt angekommen, werden sie  
7 gleich in andere Firmen vermittelt. Meist sind es Zeitarbeitsfirmen, die selbst Arbeitssuchende  
8 für eine befristete Stelle anfordern. Wenn diese Menschen diese Stelle nicht annehmen, wird  
9 das Arbeitslosengeld gestrichen und wenn sie sie annehmen, dann kann es passieren, dass  
10 die Chance auf einen Wiedereinstieg in die vorhergehende Saisonarbeit dadurch verhindert  
11 wird. Für die Arbeitssuchenden heißt das konkret: Man geht von einem  
12 Saisonarbeitsverhältnis in die nächste Saisonarbeit oder in ein Arbeitsverhältnis, das nur für  
13 ein paar Wochen befristet ist. Das kann nicht Sinn und Zweck der Sache sein.  
14 Daher fordern wir, die rasche Beendigung der willkürlichen Vermittlungen von Jobs bei den  
15 Agenturen für Arbeit. Zudem fordern wir ein Recht auf Urlaubstage und einem dazugehörigen  
16 Urlaubsgeld, Lohnausgleich bei Krankheit der Arbeitnehmer\*Innen. Diese Regelung betrifft  
17 die Unternehmen und Subunternehmen, die ausschließlich Saisonarbeitskräfte beschäftigen.  
18 Ein Saisonales Arbeitsverhältnis wird nach zweimaliger Einstellung beim (Sub-) Unternehmen  
19 automatisch ein unbefristetes Arbeitsverhältnis, in dem ausgemachten Zeitraum. In der Zeit  
20 in der er nicht in diesem Unternehmen gearbeitet wird ruht das Arbeitsverhältnis und es kann ein  
21 anderes Arbeitsverhältnis aufgenommen werden. Diese Menschen landen nicht freiwillig bei  
22 den Arbeitsämtern. Sie werden regelrecht von Arbeitgebern dorthin geschickt, deshalb  
23 haben sie auch das Recht ordentlich angehört und betreut zu werden. Bei Kettenbefristungen  
24 aus Sachgründen liegt es eindeutig auf der Hand, dass sie nach einem gewissen Zeitraum der  
25 Arbeitslosigkeit wieder zu ihren alten Bedingungen in ihrem zuvor gearbeiteten Betrieb  
26 genommen werden. Aus diesem Grund ist es sinnlos, solche Arbeitssuchenden in anderen  
27 Betriebe zu vermitteln, in denen sie das gleiche Schicksal oder sogar noch schlimmer droht.

### 28 **A3 Politikverdrossenheit vermeiden - Demokratie in ein besseres Licht rücken**

29 AntragstellerIn: Jusos Oberfranken

30 Weiterleitung: Landeskonzferenz Jusos Bayern, Bezirksparteitag SPD Oberfranken,  
31 Landesparteitag BayernSPD, Bundeskongress Jusos, Bundesparteitag SPD.

32

33 Zurückgehen zu den alten Wurzeln

34 An den Infoständen zur Bundestagswahl sind wir mit vielen Wählerinnen und Wählern ins  
35 Gespräch gekommen. Der Frust über die Politik war kaum zu überhören. Sätze wie: „...die  
36 wissen doch gar nicht wie es da draußen zugeht“; „...wir dürfen immer nur für andere  
37 zahlen...“ „... die nehmen uns doch nicht ernst...“; „... die Versprechen doch sowieso immer  
38 nur und nichts davon wird umgesetzt...“; „...da ist es egal wen man wählt, sind sowieso alle  
39 gleich...“ usw. dominierten meist die Konversationen.

1 Anhand dieser Aussagen kann man deutlich erkennen, wie enttäuscht die Wählerinnen und  
2 Wähler letztendlich von den Parteien, insbesondere der SPD sind. Daher muss unser Ziel sein,  
3 das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger wieder zur Demokratie wie auch zur  
4 Sozialdemokratie zurück zu gewinnen. Dies geschieht neben innovativen Inhalten auch unter  
5 anderem nur dann, wenn man den Wählerinnen und Wählern das Gefühl entgegenbringt, sich  
6 ihren Problemen anzunehmen. Dies kann auch nur dann geschehen, wenn man sich um sie  
7 kümmert und zusammen mit ihnen eine Zukunft aufbaut. Deshalb ist es von Vorteil sie in den  
8 Gesprächen miteinzubeziehen, denn eine gute demokratische Politik kann nur dann  
9 funktionieren, wenn man die Probleme der Bevölkerung versteht. Dazu ist es auch erforderlich  
10 bei ihnen präsent zu sein, mit ihnen ein Stück weit zu gehen, sie über die Politik sowie über  
11 die Sozialdemokratie aufzuklären und nur dann werden sie wieder Stück für Stück an Vertrauen  
12 zu uns zurückgewinnen. Die Anfänge der SPD vor 150 Jahren haben dies in aller Deutlichkeit  
13 gezeigt. Damals waren es Liebknecht und Bebel, die zu den Arbeiterslums gegangen sind  
14 und sich über die aktuelle Lage ein Bild vor Ort gemacht haben. Dorthin müssen wir wieder  
15 zurück gelangen. Wir dürfen dabei aber nie den Blick in unserer Zukunft verlieren. Um diese  
16 Faktoren zu berücksichtigen, müssen wir zunächst an den Ortsvereinen arbeiten.

17 1. Ortsvereine in ein besseres Licht rücken

18 Ortsvereine erfüllen vor Ort eine wichtige Aufgabe. Sie sind in erster Linie  
19 Ansprechpartner für die Bürgerinnen und Bürger vor Ort. Sie kümmern sich um diese  
20 und sind zugleich Transmitter für den Bundestagskandidaten. Die Ortsvereine sind das  
21 Herzstück der SPD. Sie vertreten uns vor Ort, stemmen Wahlkämpfe und tragen die  
22 sozialdemokratischen Werte in den Ortschaften, vertreten sie und tragen sie an die  
23 Bürgerinnen und Bürger. Sie sind das Bindeglied zwischen Politik und Bevölkerung.  
24 Es ist im Interesse der ganzen Partei diese Ortsvereine zu unterstützen. Außerdem sind  
25 OV's auch für die Aufnahme, Betreuung und teils Förderungen der Neumitglieder  
26 zuständig, denn Neumitglieder wenden sich immer zuerst an den OV. Wie man sehen  
27 kann, ist die Arbeit der Ortsvereine sehr wichtig, aber auch vielschichtig und tragen  
28 unter anderem maßgeblich an den Wahlergebnissen bei. Man muss sich nur einmal  
29 die Statistik über die Ergebnisse der Bundestagswahl anschauen, dann ist feststellbar,  
30 dass in den Regionen, in denen ein aktiver Ortsverband sitzt, auch die Wahlergebnisse  
31 für die Partei besser aussehen als in den Regionen, in denen es keinen Verband gibt,  
32 oder die sehr schwach sind.

33 • Ortsverbände verjüngen

34 Dies liegt oft daran, dass in vielen Ortsverbänden der Altersdurchschnitt sehr stark  
35 erhöht ist. Einigen OV's droht dann auch unter Umständen das Aus! Eine der Ursachen  
36 dafür ist häufig, die zum Teil starre Struktur. Sie beeinträchtigt zum Teil die  
37 Vereinsarbeit sehr stark. Aus Angst, altbewährte Mitglieder zu verlieren sowie  
38 gewohnte Strukturen aufgeben zu müssen, weigern sich die Verbände oftmals  
39 Jugendliche aktiv in die Vereinsarbeit zu integrieren, ja manchmal sogar aufzunehmen.  
40 Das schreckt viele Jugendliche ab. Sie bleiben dann einfach fern.

1 Um den OV vor der Vergreisung zu bewahren, schlagen wir vor, die Mitglieder dieser  
2 Verbände über die Jugendarbeit bzw. die Arbeit der Jusos aufzuklären. Dies kann in  
3 Form von Workshops und Seminaren, auch vor Ort geschehen. Diese Schulungen  
4 können teils auch von den Juso-Verbänden selbst durchgeführt werden. Wir fordern  
5 aber auch, dass mindestens ein engagiertes Mitglied der Jusos, sofern sie/er es  
6 möchte, im OV vertreten ist. Somit wird die Zusammenarbeit zwischen den  
7 Ortsverbänden und der Juso AG kontinuierlich, produktiv wie auch nachhaltig  
8 gestärkt. Des Weiteren streben wir nach mehr Mitspracherecht/Entsendungen der  
9 Jusos auf den Parteitagen an. Schließlich sind sie es, die überwiegend Anträge  
10 schreiben und die letztendlich für die Belange der Jugend einstehen. Außerdem  
11 kennen die Jusos auch die aktuellen Problematiken der Politik, denn Sie sind es, die  
12 in Unis und in Schulen unterwegs sind. Sie sind es, die nach der Schule einen Job,  
13 oder eine Wohnung suchen. Keiner wie sie sind von der aktuellen Situation betroffen.  
14 Genauso ist es auch mit der AG 60+. Keiner wie diese AG beschäftigen sich mit der  
15 Rente. Deshalb ist es unserer Ansicht nach generell notwendig, dass von jeder AG,  
16 sowie von Stadt- bzw. Gemeinderäten engagierte Mitglieder im OV vertreten sind.  
17 Nur dann entstehen lebendige und konstruktive Diskussionen. Dies macht den  
18 Ortsverband nach außen hin attraktiver, denn er hat mehr Einfluss in die alltäglichen  
19 Probleme der Bürger\*Innen und Bürgern und wird auf die Jahre hinweg gesehen noch  
20 weiter Fortbestand haben. Ebenso wichtig ist es auch dieses Konstrukt auf  
21 Bundesebene zu fördern.

- 22
- 23 • Mehr Mitspracherecht der OV-Mitgliedern auf Bezirk und Landesebene

24 Es sind vor allem oft die Menschen, die in den Ortsverbänden sitzen, die die Ziele der  
25 SPD an die Bürgerinnen und Bürgern näherbringen. Sie stehen unmittelbar in Kontakt  
26 mit den Wählerinnen und Wählern. Sie erfahren wo der Schuh in der Bevölkerung  
27 drückt. Deshalb ist es notwendig, ihre Ideen/Meinungen anzuhören, sie zu  
28 respektieren und daran aktiv zu arbeiten. Wichtig dabei ist, Problemstellen zu  
29 benennen, darüber zu diskutieren und sie dann z.B. in Form eines Workshops zu einem  
30 zielgerichteten Abschluss zu bringen. Nur wenn ein regelmäßiger reger Austausch  
31 zwischen den Mitgliedern aus den einzelnen Bus sowie Bezirken und Landesebenen  
32 entsteht, kann produktiv gearbeitet werden. Wir fordern aber auch, dass bei jedem  
33 Verband, bei jeder Einrichtung, sei es UB, Bezirk oder Landesebene mindestens ein  
34 Juso-Mitglied vertreten ist.

35 Vermehrtes Angebot von Schulungen und Seminaren durch den Landesverband/  
36 Bezirksvorstand/ Unterbezirk

37 Die Welt der Politik wird immer rasanter und komplexer. Um Mitglieder aktuell auf den  
38 laufenden zu halten und sie zu fördern, sprechen wir uns für ein vermehrtes  
39 kostenloses Schulungsangebot aus. Jeder soll hier die Möglichkeit haben, an solchen  
40 Kursen/Seminaren kostenfrei daran teilzunehmen, wenn es wichtig für ihre/seine  
41 politische Arbeit ist. Denn schließlich bringen wir uns als ehrenamtliches Mitglied ein.

1 Aber auch Seminare, die nur bedingt mit der Politik zu tun haben wären sinnvoll sie  
2 anzubieten. Sie können z.B. zur Erweiterung der Persönlichkeit dienen oder auch einen  
3 Vortrag zu einem bestimmten Thema nicht politischer Art weiterverhelfen. Dadurch  
4 schafft man es die Kurse attraktiver hervorzuheben und die Mitglieder besser zu  
5 fördern. Vor allem auch Neumitglieder finden sich hier schneller und besser in ihre  
6 spätere politische Arbeit ein.

7  
8  
9 • Bessere finanzielle Unterstützung in den Ortsverbänden

10 Zudem haben viele Ortsverbände kein Geld um verschiedene Aktionen bzw.  
11 Kampagnen zu planen um sie dann durchzuführen. Es fehlt ihnen sehr oft das nötige  
12 Geld dazu, da nur ein sehr geringer Teil der Mitgliedsbeiträge in den Ortsvereinen  
13 ankommen. Darum erbitten wir eine finanzielle vierteljährliche Förderung vom Landes-  
14 /bzw. Bundesverband. Von dieser finanziellen Unterstützung können ist es dem  
15 Ortverband dann möglich einen ordentlichen Wahlkampf durchzuführen, die  
16 Mitglieder zu fördern und verschiedene Kampagnen zu planen. Diese Investition ist  
17 keine Verschwendung, sondern sie trägt zur Vertiefung und zur Verbreitung der  
18 Sozialdemokratie bei

19  
20 • Mehr Promipräsenz in den Ortsvereinen

21 Oft fühlen sich Ortsvereine vernachlässigt, hinten in die Ecke abgestellt. „Was wir für  
22 eine Arbeit machen, interessiert sowieso niemanden.“, sind Sätze, die man sehr oft  
23 aus eigenen Reihen zu hören bekommt. Die Promis kommen doch sowieso nur in  
24 attraktive Städte, Die Probleme der Menschen auf dem Land sind ihnen egal. So fühlen  
25 sich aber nicht nur Ortsvereine behandelt, sondern auch die Wählerschaft.  
26 Demzufolge gehen viele der Einwohner nicht mehr wählen oder wählen eine andere  
27 Partei, die präsenter ist oder auch bewusst eine andere Partei zum Trotz. Folglich ist  
28 es unabdingbar, wenn sich prominente Politiker in Regionen sehen lassen, die nicht  
29 so attraktiv sind. Sie fördern dadurch nicht nur ihre Wahlergebnisse, sondern auch den  
30 Ortsverband. Man wird dadurch wieder motiviert weiterzumachen und setzt sich  
31 wieder für die Belange der SPD ein. Auch die Bewohnerinnen und Bewohner auf dem  
32 Land fühlen sich wieder von der Politik ernstgenommen

33  
34 2. Mehr Nähe zu den Menschen

35  
36 • Handbücher für neue bzw. strukturschwache Ortsvereine

37 Dieses Handbuch soll insbesondere Anleitungen für strukturschwache bzw. sich im  
38 Aufbau befindende Ortsvereine liefern, welche in aktuellen Handbüchern bisher nicht  
39 zu finden ist. Dabei schwächelt die SPD schwächelt auf dem Land extrem. Wenn man  
40 sich die bereits vorhandenen Handbücher durchließ, so kann man den Eindruck  
41 gewinnen, dass diese nicht unbedingt für strukturschwächere wie Ostdeutschland

1 oder Bayern (in denen die SPD schwach vertreten ist) geschrieben worden sind.  
2 Jedoch genau für solche Regionen ist entsprechender Bedarf für solche Literatur  
3 vorhanden. Gerade für den politischen Alltag innerhalb strukturschwacher  
4 Regionen/Ortsvereine bedarf es solcher Hilfestellung  
5

- 6 • Portale für Bürgerinnen und Bürgern einführen  
7 Selbstverständlich kann nicht immer ein Promi vor Ort sein und die Probleme der  
8 Mitbürgerinnen und Mitbürgern anhören. Um dennoch deren Belange ernst zu  
9 nehmen, kann dies durch eine Einrichtung eines Internetportals/einer Auskunftsstelle  
10 behoben werden. Das Portal sollte so gestaltet und strukturiert werden, dass jeder  
11 „Normalbürger“ sich damit zurechtfindet. Es muss also klar ersichtlich sein, wen ich  
12 bei welchem Thema kontaktieren kann.  
13
  - 14 • Bessere Zusammenarbeit mit anderen Verbänden  
15 Die Partei kann ebenso gestärkt werden, indem sie sich in gewissen Bereichen mit  
16 anderen Verbänden wie beispielsweise der Gewerkschaft, AWO etc. austauscht, sich  
17 mit deren Belange auseinandersetzt und sie verbessert. Somit wäre auch eine  
18 inhaltliche und thematische Basis geschaffen, an der man etwas in der Politik erreichen  
19 kann.  
20
  - 21 • Mehr Präsenz bei den Verbänden und den Bürgerinnen und Bürgern zeigen  
22 Wenn beispielsweise die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zusammen mit den  
23 Gewerkschaften auf die Straße gehen um dort gegen Werkschließungen, Verlust der  
24 Arbeitsplätze und Ungerechtigkeiten im Lohn protestieren, dann sollten wir hierbei  
25 nicht fehlen. Genauso ist es bei Demonstrationen gegen Rechtspopulismus,  
26 Klimaschutz, unnötige Aufrüstungen etc. Dabei verfolgt man nicht nur die  
27 Grundprinzipien der SPD, sondern dies verleiht uns zudem Glaubwürdigkeit und  
28 Anerkennung in der Bevölkerung. Es ist nur wichtig die Bevölkerung bei  
29 Demonstrationen zu begleiten, sondern ihnen auch die Chance geben, sich selber  
30 über verschiedene Anliegen zu äußern. Dies könnte auch in Form einer  
31 Dialogveranstaltung in regelmäßigen Abständen z.B. einmal im Jahr veranlasst  
32 werden. Somit bleibt man ständig im Kontakt mit den Mitbürgerinnen und Mitbürgern  
33 sowie den eigenen Parteimitgliedern.  
34
- 35 3. Mehr politisches Engagement wagen  
36 Es gibt in Deutschland sehr viele Bürgerinnen und Bürger, die sich für die Politik  
37 interessieren und sich zudem aktiv in die Parteiarbeit einbringen möchten. Hierbei gibt  
38 es selten eine andere Möglichkeit sich anderweitig zu engagieren, als in einer Partei  
39 einzutreten. Aber anstatt in einer Partei einzutreten, bleiben sie fern, da sie sich oft  
40 nicht „outen“ wollen. Um diese Menschen trotzdem zu fördern, schlagen wir ein  
41 parteiunabhängiges Konzept vor. Dabei wird an einer Art parteiunabhängige Initiative

1           gedacht. Somit wäre es möglich sich parteiunabhängig politisch zu engagieren und  
2           die SPD mit ihren Ideen zu unterstützen. Die Menschen, die sich dort einbringen,  
3           sollen auch die Chance bekommen an Workshops, Vorträgen sowie an Schulungen  
4           teilzunehmen, die unter anderem von der SPD abgehalten werden. Wer hier Mitglied  
5           werden möchte und sich engagiert, sofern sie/er es möchte, erhält außerdem die  
6           Möglichkeit, für die kommunale Landesliste der SPD zu kandidieren. Zudem stehen  
7           sie als Berater der Partei zur Seite, auch wenn es um das Parteiprogramm geht. Sie  
8           haben jedoch nicht das Recht, bei Mitgliederwahlen innerhalb der Partei zu wählen.  
9           Hiermit wird ein Konzept geschaffen, bei dem sich auch nicht outende Bürgerinnen  
10          und Bürger einbringen können. Es können sich aber auch Menschen einbringen, die  
11          sich beispielsweise nur für ein bestimmtes Projekt interessieren. Und wer weiß,  
12          vielleicht findet der eine oder andere doch noch Gefallen daran an der Partearbeit  
13          aktiv mitzuwirken und tritt daraufhin in die SPD ein.

#### 14   **A4 Einführung einer Robotersteuer/Wertschöpfungsabgabe**

15   AntragstellerIn: Jusos Oberfranken

16   Weiterleitung: Landeskonzferenz Jusos Bayern, Bezirksparteitag SPD Oberfranken,  
17   Landesparteitag BayernSPD, Bundeskongress Jusos, Bundesparteitag SPD.

18

19   Einführung einer Wertschöpfungsabgabe auf Wertschöpfung die durch  
20   Maschinen/Automatisierung anfällt. Einstieg bei einem niedrigen Satz und sukzessive  
21   Erhöhung.

22   Einführung dieser Abgabe zuerst im Computerhandel der Börse. Im Gegenzug sollen  
23   Abgaben auf Arbeit gesenkt werden. Sozialsysteme durch die neue Abgabe  
24   quersubventioniert werden. Ebenso sollen soziale Berufe im Gesundheitswesen und der  
25   Bildung gestärkt werden.

26   Betroffen sein sollen Systeme der Fließbandproduktion, sowie der Internethandel, Computer-  
27   gesteuerte Finanzgeschäfte und durch Apps generierte Wertschöpfung. Kurz, alles was  
28   menschliche Arbeitskraft komplett überflüssig macht. Dabei sollen alle automatisiert  
29   arbeitenden, produzierenden Maschinen nach Betriebsstunden und "Durchsatz" besteuert  
30   werden.

31   Internetanwendungen und Computer an der Börse nach verwendeter Rechenleistung,  
32   Netzwerkdatendurchsatz und Betriebsstunden besteuert werden, um Energieeffizienz von  
33   Algorithmen zu belohnen.

34

35   Begründung:

36   Hohe Produktionskapazitäten mit wenigen Arbeitnehmer\*Innen senken Kosten und sorgen  
37   für hohe Stückzahlen, gleichzeitig erschweren sie kleineren Betrieben mit Großkonzernen zu  
38   konkurrieren.



1 Gewinne von Großkonzernen werden häufig nicht im Inland besteuert, sondern in  
2 Steueroasen.  
3 Gleichzeitig frisst das Internet gewaltige Mengen an Energie.  
4 Konzerne wie Facebook, Google und Co. beschäftigen kaum echte Arbeitnehmer\*Innen,  
5 sondern lassen Algorithmen die Arbeit erledigen. Die abfließende Wertschöpfung durch  
6 Arbeitserleichterung kommt daher nur wenigen Menschen zu Gute.  
7 Gleichzeitig steigen durch die zunehmende Komplexität der Aufgabenfelder in der  
8 Arbeitswelt die Anforderungen an unser Bildungssystem. Um dem gerecht zu werden, sind  
9 gewaltige Investitionen notwendig. Die Forschung an modernen Maschinen hat diese  
10 möglich gemacht. Daher sollte der Erfolg dieser Maschinen wiederum mehr der Forschung  
11 zu Gute kommen.  
12 Andererseits muss Wertschöpfung ohne menschliche Leistung, durch Betreiber großer  
13 Produktionskapazitäten dementsprechend besteuert und für die Gesellschaft verwendet  
14 werden. Vor allem automatisierte Finanztransaktionen nehmen von den Armen und geben  
15 den Reichen.

## 16 **A5 Mehr Unterstützung für MINT**

17 AntragstellerIn: Jusos Oberfranken

18 Weiterleitung: Landeskonzferenz Jusos Bayern, SPD Bezirksparteitag, SPD  
19 Landesparteitag, Bundeskongress Jusos, SPD Bundesparteitag

20

21 Im Rahmen der MINT Kampagne haben sich die Teilnehmer\*Innen des  
22 Grundlagenseminars zum Thema Gleichstellung intensiv mit diesem beschäftigt. Bei  
23 Diskussionen zum Thema MINT und der geplanten Kampagne des Juso-Bezirks  
24 Oberfranken wurden Argumente und Forderungen entwickelt, welche in diesem  
25 Antrag festgehalten werden sollen.

26

27 MINT steht für Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik. Diese  
28 Berufsgruppen gelten in der Gesellschaft immer noch als klassische Männer-Berufe  
29 und stellen eine Männerdomäne dar. Hierfür gibt es viele Gründe und daraus  
30 entstehende Probleme, welche schon in der Kindheit und in der Schule gebildet  
31 werden. Mädchen sollen Rosa tragen und mit Puppen spielen, sind in der Schule eher  
32 sprachlich begabt und wenn es um die Fächerwahl in der Mittelstufe geht, werden  
33 die naturwissenschaftlichen Fächer wie Physik und Chemie oder auch technisches  
34 Zeichnen und Werken schnell gegen Französisch, BWR und Hauswirtschaft getauscht.  
35 Bereits hier müssen wir ansetzen. Vielen Mädchen und Frauen fehlen die Vorbilder  
36 und das dazugehörige Selbstbewusstsein, um einen MINT-Einstieg zu wagen. Sie  
37 interessieren sich häufig für diese naturwissenschaftlich-technische Themen, trauen  
38 sich aber nicht, das auch offen zu zeigen. Sie befürchten, dass sie nicht für  
39 vollgenommen werden, und das MINT-Interesse als Spinnerei abgetan wird. Es muss

1 in der Gesellschaft ein Bewusstsein dafür erzeugt werden, dass MINT Berufe die  
2 Zukunft sind und jede\*r MINT können kann. Wir befinden uns in einer digitalisierten  
3 Welt, welche jeden Tag ein bisschen technischer wird, dies sehen wir auch bei den  
4 Diskussionen zu Arbeit 4.0. Unabhängig vom Geschlecht, darf hier niemandem die  
5 Chance verwehrt werden, an der Digitalisierung mit zu gestalten.

6

7 Es gibt viele Ideen wie wir dieses Ziel umsetzen können. Die meisten davon betreffen  
8 das schulische Umfeld. Wir wollen einen offiziellen „Projekttag MINT“ an den Schulen,  
9 wo sich Schüler\*Innen austauschen können, verbunden mit einer  
10 Informationsveranstaltung für Eltern. Dieser Projekttag soll ab der achten  
11 Jahrgangsstufe jährlich stattfinden. Oft sind es auch Eltern, die nicht verstehen warum  
12 junge Frauen sich für diese Berufe entscheiden, oder sie sogar in die klassischen,  
13 vermeintlichen Frauenberufe drängen wollen.

14 Um das Interesse der Schüler\*Innen an Mint-Themen zu wecken brauchen wir mehr  
15 Lehrerinnen in diesen Schulfächern. Diese fungieren dann als Vorbilder, machen Mut  
16 und stärken das Selbstbewusstsein. Um das zu unterstützen, sollten die Schulen mehr  
17 mit Unternehmen und vor allem Handwerksbetrieben vor Ort zusammenarbeiten.  
18 Schnupperpraktika motivieren, sich für die MINT-Berufe verstärkt zu interessieren.

19

20 Wir brauchen nicht nur mehr Lehrerinnen, sondern auch mehr Professorinnen und  
21 Dozentinnen. Nicht nur in den MINT-Berufen, sondern allgemein. Jedoch fällt auf,  
22 dass insbesondere in den technischen Studiengängen besonders wenig Frauen  
23 lehren. Daher fordern wir eine harte, gesetzliche Frauenquote bei den Professur-  
24 Berufungen.

25 In vielen Städten gibt es Jugendzentren, welche zahlreiche gute Projekte für junge  
26 Menschen anbieten. Auch hier kann durch zielgruppenspezifische Angebote und  
27 gezielter Ansprache junger Frauen das Interesse an MINT-Themen gesteigert werden.  
28 In vielen Unternehmen, insbesondere kleinen Handwerksbetrieben, gibt es eine ganz  
29 andere Hürde, die Frauen den Weg in den MINT-Beruf verwehrt. So können  
30 Auszubildende oder ausgelernte Frauen nicht eingestellt werden, da es keine  
31 Umkleieräume oder sanitären Anlagen für das weibliche Geschlecht gibt. Wir  
32 brauchen ein Förderprogramm, welches Unternehmen die Möglichkeit gibt, ihre  
33 Betriebsstätten so umzubauen, dass der gesetzliche Rahmen erfüllt ist, um auch  
34 Frauen den Einstieg in diese Unternehmen zu ermöglichen. Wir wissen, dass diese  
35 Unternehmen sich der Einstellung von Frauen nicht verwehren, sie haben schlichtweg  
36 nicht die finanziellen Möglichkeiten, um Ihre Betriebe umzubauen.

37

38 Wir wollen mit diesen Forderungen die Angebote wie „Mädchen und Technik (MuT)“  
39 oder den „Girlsday“ nicht ersetzen. Im Gegenteil: es sind wichtige Projekte, die wir  
40 durch zusätzliche Maßnahmen unterstützen wollen. Auch wenn alle Forderungen von  
41 uns umgesetzt werden, gibt es noch viel zu tun. Deshalb kann dies hier nur ein Anstoß  
42 in die richtige Richtung sein. Es handelt sich um einen gesellschaftlichen Prozess, der

1 immer wieder neue Impulse benötigt. Es ist unsere Aufgabe als feministische  
2 Jugendorganisation diesen Prozess durch unsere Impulse mitzugestalten.

### 3 **A6 #noGroKo**

4 AntragstellerIn: Jusos Oberfranken

5 Weiterleitung: Landeskonferenz Jusos Bayern, SPD Bezirksvorstand, SPD  
6 Landesparteitag, Bundeskongress Jusos, SPD Bundesparteitag

7

8

9 Die Große Koalition wurde am 24. September 2017 mit einem Gesamtverlust von 13,7  
10 Prozent abgewählt, trotzdem stehen wir erneut vor der Wahl Große Koalition oder  
11 Opposition, Minderheitsregierung oder Neuwahlen?

12 In den Medien wird publiziert, dass wir, als SPD Mitglieder über die Zukunft  
13 entscheiden. Aber wir entscheiden nicht über die Zukunft von Deutschland, sondern  
14 allen voran über unsere eigene – die Zukunft der Sozialdemokratie und der SPD. Die  
15 Entscheidung über die große Koalition ist inzwischen auch eine Frage, ob es innerhalb  
16 unserer Partei so weiter geht wie bisher, oder ob es eine echte Erneuerung der SPD  
17 gibt.

18 Auf dem Sonderparteitag in Bonn haben sich die Delegierten mit einer knappen  
19 Mehrheit für die Aufnahme von Koalitionsgesprächen ausgesprochen. Diese  
20 Verhandlungen sind abgeschlossen und ein Vertrag liegt vor. Doch kaum steht der  
21 Koalitionsvertrag, interessiert sich auch schon niemand mehr dafür, da  
22 Personaldebatten kurze Zeit später angestoßen werden. Wer übernimmt welches  
23 Ministerium, wer den Parteivorsitz?

24

25 Wir Jusos stellen uns nicht generell gegen eine Regierungsbeteiligung, allerdings  
26 müssen die äußeren Gegebenheiten stimmen. Wie wollen kein Heimatministerium,  
27 insbesondere nicht unter Horst Seehofer, wir wollen keine Union die Themen blockiert  
28 obwohl sie im Vertrag festgehalten sind und wir wollen vor allem, der AFD nicht die  
29 Oppositionsführung überlassen. Uns allen war von Anfang an klar, dass die  
30 Koalitionsverhandlungen auf Kompromisse hinauslaufen. Doch der fertige Vertrag  
31 enthält nur Kompromisse auf unserer Seite, zulasten der Wähler\*Innen. Die Union ist  
32 keine verlässliche Partnerin, sie hält sich nicht an Zusagen!

33

34 Wir als Jusos verlieren das Ziel nicht aus den Augen. Wir wollen einen Neustart der  
35 Partei und eine Rückkehr zu echten, sozialdemokratischen Themen die uns die  
36 Bevölkerung auch wieder glauben kann. Nur wenn wir wieder an Glaubwürdigkeit  
37 gewinnen, können wir auch wieder Wahlen gewinnen.

38

39 Deshalb sagen wir Nein zu weiteren vier Jahren große Koalition